

## „NACHKRIEGSWIRTSCHAFT ZWISCHEN REPARATIONEN UND NEUAUFBAU“

**Westzonen: Prof. Dr. Gerd Hardach, Universität Marburg**

**SBZ: Dr. Dierk Hoffmann, Institut für Zeitgeschichte**

Veranstaltung im Rahmen der Reihe „Zwischen Krieg und Frieden – die deutsche Gesellschaft unter alliierter Besatzung 1945-1949“ des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin in Zusammenarbeit mit dem Berliner Landesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes

*Haus der Demokratie und Menschenrechte, 14.09.2005*

Dr. Hermann Wentker, Leiter der Abteilung Berlin des Instituts für Zeitgeschichte, stellte nach der Begrüßung kurz die Referenten vor und umriss einleitend das Thema der zwei folgenden Vorträge.

Prof. Dr. Gerd Hardach, der an der Universität Marburg Sozial- und Wirtschaftsgeschichte lehrt, erläuterte die wirtschaftliche Entwicklung der Westzonen nach dem Zweiten Weltkrieg. Ausgangspunkt für die unterschiedliche Wirtschaftspolitik der Westzonen und der sowjetischen Zone sei das Potsdamer Abkommen im Sommer 1945 gewesen. Dabei trafen sich die Vertreter der USA, Großbritanniens und der Sowjetunion und beschlossen als politische Ziele die Denazifizierung, Demilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands. In Bezug auf die Wirtschaft wollte man das deutsche Produktionspotential beschränken, so dass ein adäquater Lebensstandard zwar gewährleistet, aber keine Aufrüstung mehr möglich sein sollte. Außerdem sollte die Macht der Großunternehmen, die oft in enger Verbindung zum NS-Regime standen, verringert werden. Meinungsunterschiede zwischen den alliierten Mächten gab es vor allem in Bezug auf die Reparationen. Die USA und Großbritannien erachteten im Gegensatz zur SU laufende Reparationen als wenig sinnvoll. Daher betrieb fortan jede Besatzungsmacht ihre eigenen Reparationspolitik.

Bereits 1944 hatten die Alliierten beschlossen Deutschland in Zonen aufzuteilen, wobei sich die USA dafür einsetzte, auch Frankreich als Gegengewicht zur SU in Kontinentaleuropa mit einzubinden. Im Januar 1947 wurden dann die britische und die amerikanische Zone zur Bizone zusammengelegt. Wegen der großen wirtschaftlichen Not in Europa verließen die USA und Großbritannien 1947 das Potsdamer Abkommen. Der amerikanische Außenminister

Marshall bot allen europäischen Ländern ein Hilfsprogramm an, um die wirtschaftliche Lage zu stabilisieren. Die SU war zunächst am Marshallplan interessiert, aber nicht zu enger Kooperation mit den USA bereit. Damit nahmen weder die Staaten der Einflusszone der SU an dem Programm teil noch das neutrale Finnland. Somit wurde das Hilfsprogramm nur von westeuropäischen Staaten und der Türkei in Anspruch genommen. In der Bizone wurde dann allmählich die Gründung eines westdeutschen Staates vorbereitet.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Westzonen gliederte sich laut Hardach in zwei Phasen, in die der „Zeit der Kontrolle 1945 bis 47“ und die der „Wende von 1948/49“. Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen nach dem Krieg lagen eigentlich recht günstig. Die Bevölkerungszahl von etwa 65 Millionen Einwohnern in Gesamtdeutschland war aufgrund der Vertreibungen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten größer als vor dem Krieg. Auch die meisten Produktionsanlagen waren erhalten geblieben. Das Produktionspotential sei 1945 allgemein größer als 1938 gewesen, aufgrund der massiven Investitionen des NS-Regimes in die Rüstungsindustrie.

Kurz nach dem Krieg hielten die Besatzungsmächte eine Planwirtschaft für sinnvoll. Daraufhin wurden alle produzierten Güter registriert und dann nach Quoten verteilt. Der Hintergrund der Erzeugung, also die Produktionsmittel, blieben aber in privater Hand.

In Bezug auf die Reparationen setzten sich die USA gegen Frankreich und Großbritannien durch, die auf Wiedergutmachung der Kriegsschäden beharrten. Die Demontagen und Reparationen wurden dann mit dem Petersberger Abkommen 1949 abgestellt.

Der Wiederaufbau ging trotz der relativ guten Ausgangsbedingungen aber schleppend voran. Das lag laut Hardach an dem Zerfall der Arbeitsteilung. In der Landwirtschaft wurde nur etwa die Hälfte der Vorkriegsproduktion erreicht, was unter anderem an zu wenig Einfuhren lag. Deshalb herrschte Hunger und dadurch waren auch die Beschäftigten wenig produktiv, weswegen es wiederum zu wenig Industrieprodukte für die Landwirtschaft gab. Papiergeld habe es genug gegeben, jedoch herrschte ein Mangel an Gütern. Hardach spricht hier von einem Teufelskreis, der erst durch die Währungsreform 1948 beendet werden konnte.

Die „wirtschaftliche Wende“ leitete dann der Marshallplan ein, der im April 1948 begann. Er sei primär ein außenwirtschaftliches Programm gewesen und sollte die europäische

Wirtschaft wieder konkurrenzfähig machen. Im Juni 1948 wurde die Währungsreform durchgesetzt, wobei die Reichsmark um 93,5 Prozent rabiat entwertet und die D-Mark eingeführt wurde. Hardach erklärte, darauf hätte sich sofort die Arbeitsteilung wieder eingestellt. Wenig später wurde auf Drängen der Alliierten die Planwirtschaft zur Marktwirtschaft umgewandelt. Die Preisregulierung der meisten Güter wurde aufgehoben, womit eine Dynamik freigesetzt wurde, die die Produktion schnell ansteigen ließ. Bereits 1953 wurde das Bruttosozialprodukt aus Vorkriegszeiten erreicht und ab 1952 erwirtschaftete man regelmäßig Exportüberschüsse. Ein Problem dabei war allerdings eine hohe Arbeitslosigkeit von etwa 1,5 Millionen Erwerbsfähigen, die durch die zunehmende Rationalisierung der Produktionsabläufe zustande kam. Im Sommer 1949 wurde dann die soziale Marktwirtschaft im Wahlprogramm der CDU aufgenommen und in den folgenden Jahren verwirklicht.

Dr. Dierk Hoffmann vom Institut für Zeitgeschichte wendete sich der Nachkriegswirtschaft in der SBZ zu. Seinem Vortrag stellte er zwei Fragen voran: Erstens, ob es Planwirtschaft in der SBZ bereits vor der Gründung der DDR 1949 gegeben hatte und zweitens, ob die wirtschaftlichen Belastungen im Zuge des Zweiten Weltkrieges und kurz danach langfristig gesehen hauptverantwortlich für das Scheitern der Planwirtschaft in der DDR waren.

Sein Vortrag gliederte sich in fünf Punkte. Als erstes behandelte er das Wirtschaftspotential der SBZ zu Kriegsende. Er erklärte, schon vor Kriegsende hätte ein hoher Industrialisierungsgrad geherrscht, dabei hätte es aber ein Süd-Nord-Gefälle gegeben. In Sachsen war die Industrie viel leistungsfähiger und entwickelter als in Brandenburg oder Mecklenburg-Vorpommern, die hauptsächlich agrarisch geprägt waren. Außerdem war die SBZ arm an Bodenschätzen und somit auf Importe angewiesen. Daher spielte der Handel eine große Rolle, auch in Bezug auf den Zulieferbedarf für die Industrien im Süden. Der Abbruch der Importe zog also drastische Folgen nach sich, bis hin zur Stilllegung ganzer Produktionslinien. Von Kriegszerstörungen war die Wirtschaft der SBZ etwas weniger betroffen als der Westen. Außerdem seien demographische Veränderungen zu beachten. Zwischen 1939 und 1946 sank die Bevölkerung durch Kriegsverluste zunächst um fast 3 Millionen, stieg dann aber aufgrund der Vertreibungen wieder sprunghaft an. Insgesamt sank allerdings der Anteil der Arbeitsfähigen. Hoffmann schloss, die SBZ hätte nach Ende des Krieges ein durchaus beachtliches Industriepotential gehabt.

Sein zweiter Punkt bezog sich auf die Demontagen und Reparationen in der SBZ. Ziele der SU waren dabei eine Wiedergutmachung für die Kriegszerstörungen auf ihrem eigenen Gebiet, das ja die größten Schäden während des Zweiten Weltkrieges erlitten hatte, sowie die Zerstörung der kriegswichtigen Industriezweige in der SBZ. Die Demontagen könnten laut Hoffmann in mehrere Phasen unterteilt werden. Bereits vor Kriegsende hätten Truppen in sogenannten „Trophäenaktionen“ Güter im Wert von etwa 1 Milliarde Reichsmark an sich genommen. Dabei beschränkte man sich nicht auf die Industrie, sondern beschlagnahmte auch Kunst- und Kulturgüter etc. Daraufhin versuchte Moskau die Demontagen zentral zu lenken, was aber aufgrund der verschiedenen Interessen der einzelnen Industrieministerien scheiterte. So liefen die Demontagen, die sich jetzt aber auf die Industrie konzentrierten, weiterhin chaotisch ab. Im Laufe der Zeit bedeutete das hohe ökonomische Verluste für die SBZ, bis 1948 die Demontagen offiziell aufhörten. Insgesamt wurden etwa 3400 Betriebe und etwa 50 Prozent des Schienennetzes abgebaut und in den Ostblock geschafft. Dazu kamen Kapazitätsausfälle, die in den modernsten Fertigungsstätten, wie der Automechanik, Optik und Feinmechanik, am höchsten waren, Lieferungen aus der laufenden Produktion im mehrstelligen Milliardenbereich und allgemeine Besatzungskosten. Außerdem wurden Großunternehmen 1946 in sowjetische Aktiengesellschaften umgewandelt, wodurch die Betriebe der SBZ zunächst verloren gingen, aber immerhin nicht demontiert wurden. Später gingen diese Betriebe an die DDR zurück. Insgesamt habe die SBZ also – trotz geringerer Kriegszerstörung – durch die Demontagen einen höheren Substanzverlust verkraften müssen als die Westzonen.

Im dritten Punkt stellte Hoffmann die wichtigsten wirtschafts-politischen Akteure in Bezug auf die SBZ vor. Natürlich hatten die sowjetische Besatzungsmacht in der SBZ, die Regierung in Moskau und die einzelnen Industrieministerien wirtschafts-politische Befugnisse. In der Besatzungszone war die KPD, später die SED, hauptverantwortlich für wirtschaftliche und politische Entscheidungen. Dazu kam die Gründung einer Deutschen Wirtschaftskommission 1947, die eine Art vorstaatlicher Regierung bildete und die Arbeit der Verwaltungen koordinierte. Interessenvertretungen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern hatten so gut wie keinen Einfluss.

Danach ging er auf die Boden- und Industriereform ein. Ab 1945 wurden Landbesitzer mit mehr als 100 Hektar enteignet. Diese Flächen wurden dann an Neubauern verteilt, die jeweils 5 bis 10 Hektar erhielten. Wegen unzureichender Ausstattung und weil sich die kleinen Flächen kaum rentierten, wurden aber viele Güter wieder abgegeben. Die Agrarstruktur der SBZ wurde so grundlegend verändert. 1946 fand ein Volksentscheid in Sachsen statt, bei dem fast 78 Prozent der Wahlberechtigten für eine entschädigungslose Enteignung von aktiven Nationalsozialisten und Kriegsverbrechern votierten. Daraufhin wurden deren Betriebe in Volkseigentum überführt. Die restlichen Teile der SBZ folgten dem Beispiel. Der staatliche Sektor hatte innerhalb der Wirtschaft 1950 bereits 75 und 1955 80 Prozent inne.

In seinem fünften Punkt ging Hoffmann auf die Anfänge der Planwirtschaft ein. Aufgrund der wirtschaftlichen Not nach dem Krieg hielt die SU eine zentrale Wirtschaftslenkung für erforderlich. Sie stärkte zunächst die Deutsche Wirtschaftskommission und weitete dann die Wirtschaftspläne aus, von einem halben Jahr auf zwei Jahre und schließlich auf fünf Jahre von 1951 bis 1955. Außerdem richteten sich die Außenhandelsbeziehungen auf Osteuropa. Die Exporte in den Ostblock stiegen innerhalb weniger Jahre von sieben auf 45 Prozent und erreichten 1950 schon 78 Prozent der Gesamtausfuhren. Die vierte Maßnahme war die Währungsreform 1948, die aber keine so massive Abwertung der Währung nach sich zog wie in den Westzonen. Der Lebensstandard konnte dadurch nicht wesentlich verbessert werden.

Zum Abschluss beantwortete Hoffmann rückgreifend die zwei Fragen, die er am Anfang gestellt hatte. Die Einführung der Planwirtschaft sei eine längerfristige Entwicklung gewesen, man könne also nicht sagen, Planwirtschaft habe schon vor der DDR-Gründung bestanden. Auch die Wirtschaftspläne seien vollends erst nach 1949 eingeleitet worden. Zur zweiten Frage sagte er, die Demontagen und Reparationen seien zwar einschlagend gewesen, dennoch müsse man die wirtschaftlichen Erfolge während und nach dem Krieg beachten. Daher würden für das Scheitern der Planwirtschaft in der DDR andere Gründe überwiegen, die über den Zeitraum von 1945 bis 1949 hinausgingen.

*Sabine Dietz*